

3810/J XX.GP

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend staatliche Familienleistungen

In der Fragestunde vom 22. Jänner 1998 haben Sie unter anderem erwähnt, daß sie sich
vorstellen können, daß es für Einkommen über 1,5 Mio jährlich keine zusätzlichen
staatlichen Leistungen geben soll, sofern dies verfassungsrechtlich möglich ist.

Das vorgesehene Paket zur Reformierung der staatlichen Familienleistungen sieht unseres
Wissens keine Einkommensbeschränkungen vor.

Die unternommenen Abgeordneten stellen daher folgende
ANFRAGE:

1. Haben Sie untersuchen lassen, ob eine solche verfassungsrechtliche Möglichkeit besteht?
2. Wie war das Resultat dieser Untersuchung?